

«Das Geld wächst ja nicht auf den Bäumen»

SP-Nationalrätin Min Li Marti und FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen im Schlieremer Start-up-Space über die Zukunft der AHV.

Virginia Kamm

Dass die ungewisse Zukunft der AHV ein Thema ist, das die Leute bewegt, zeigte sich wieder einmal an diesem Montag: Der Saal im Start-up-Space Schlieren war gut gefüllt. Die Wirtschaftskammer Schlieren, der Industrie- und Handelsverein Dietikon, der KMU- und Gewerbeverband Limmattal und die Vereinigung für Industrie, Dienstleistungen und Handel Spreitenbach hatten zu einer Infoveranstaltung zum Thema eingeladen. Insbesondere ging es dabei auch um die beiden Initiativen, über die am 3. März abgestimmt wird.

Auf die kurze Begrüssung folgte ein Inputreferat von Veronica Weisser, Vorsorge-Expertin der UBS. Sie präsentierte den Anwesenden einige Zahlen und Statistiken im Zusammenhang mit der AHV. So erklärte sie, dass die Finanzierung der AHV auf zwei Verträgen basiere: Der erste beinhalte, dass erwerbstätige Personen die Rente ihrer Eltern finanzieren. Der zweite, dass diese erwerbstätigen Personen auch wieder Kinder zur Welt bringen, die dann eines Tages ihre Renten finanzieren können.

Das Problem, mit dem die Schweiz konfrontiert sei, liege darin, dass der zweite Vertrag, also das Kinderkriegen, oftmals nicht eingehalten werde. Die Gruppe der über 65-Jährigen werde immer grösser. Das System der AHV bezeichnete Weisser als «Schneeballsystem», das nur mit genug Nachwuchs funktionieren könne.

Keine generelle Benachteiligung von Frauen

Weisser räumte auch mit einigen Narrativen auf, die ihrer Meinung nach nicht zutreffen, so zum Beispiel jenes der Altersarmut. Sie legte dar, dass Personen ab 60 Jahren in der Schweiz «bei weitem» die grössten Vermögen hätten. Auch das Narrativ, dass Frauen generell durch die AHV benachteiligt seien, stimme nicht, sagte sie. Dies sei lediglich dann der Fall, wenn es etwa zu einer Verwitwung oder Scheidung komme.

Im Anschluss sprachen SP-Nationalrätin Min Li Marti (Zürich) als Vertreterin der Initiative für eine 13. AHV-Rente und FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt (Affoltern am Albis) als Vertreter der Renteninitiative. Über beide Vorlagen wird schon bald, nämlich am 3. März, abgestimmt. «Die Idee dieser Initiative ist ja sehr einfach, man soll, wie die meisten Angestellten einen 13. Monatslohn haben, auch eine 13. AHV-Rente erhalten», begann Marti ihr Plädoyer.

Dies, um das Versprechen einzuhalten, dass die AHV die Existenz und den Erhalt des bisherigen Lebensstandards sichern solle, wie sie weiter sagte. Auch Marti ging auf die Unterschiede zwischen Mann und Frau in Bezug auf die Rente ein: So sei die durchschnittliche Rente von Frauen tiefer als diejenige der Männer. Das liege an

den geringeren Auszahlungen aus der Pensionskasse, die auf tiefere Löhne und Teilzeitarbeit zurückzuführen seien. Zudem sei die Altersarmut in der Schweiz hauptsächlich weiblich. Silberschmidt sagte darauf, dass

wir im Vergleich zu 1948, als die AHV eingeführt wurde, wegen der steigenden Lebenserwartung heute rund acht Jahre länger Rente beziehen würden. Dies führe zu Defiziten von 10 Milliarden Franken pro Jahr. Die

Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre, wie sie die Renteninitiative vorsieht, betreffe nicht Personen, die heute schon 60 Jahre alt seien, sagte er. Sondern «uns Junge». Und: «Nichts tun ist keine Lösung.»

Den letzten Programmpunkt der Veranstaltung markierte ein Podium mit anschliessender Fragerunde, das von David Egger, Chefredaktor der Limmattaler Zeitung, moderiert wurde. «Wie stellen Sie sich

Ihre Pensionierung vor?», fragte Egger die beiden Referenten zuerst. Silberschmidt antwortete, dass er hoffe, dann noch lange Teilzeit arbeiten zu können, da arbeiten für ihn sinnstiftend sei. «Ich stelle mir die Pensionierung durchaus schön vor», sagte Marti und ging auch auf unbezahlte Arbeit ein, die Rentnerinnen und Rentner häufig leisten. Eine solche könnte sie sich vorstellen.

Auf die Initiative für eine 13. AHV-Rente angesprochen, sagte Silberschmidt: «Das Geld wächst ja nicht auf den Bäumen.» Um den Seniorinnen und Senioren mehr Kaufkraft zu geben, müsse man anderen Kaufkraft wegnehmen. Dies treffe vor allem junge Erwachsene und junge Familien, was, wie er sagte, «völlig asozial» sei.

Wie die junge Generation mobilisiert und zum Abstimmen motiviert werden solle, wollte in der Fragerunde ein Herr aus dem Publikum wissen. Er sei schon froh, dass die Renteninitiative von einer Jungpartei lanciert worden sei, antwortete Silberschmidt. Junge Leute wolle das Initiativkomitee vor allem über soziale Medien wie Tiktok erreichen.

Ein weiterer Zuhörer fragte, ob es irgendwann auch eine 14. AHV-Rente geben soll, schliesslich werde das Leben momentan nur noch teurer. Das sei davon abhängig, ob dies dann jemand fordere, antwortete Marti. Sie wolle sich aber gegen die Rhetorik wehren, dass es uns immer schlechter gehe und wir immer mehr verzichten müssten. «Unsere Wirtschaft, unser Reichtum und unser Wohlstand sind gewachsen, und es ist nur fair, dass davon auch alle profitieren können.»



SP-Nationalrätin Min Li Marti, David Egger, Chefredaktor Limmattaler Zeitung, und FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt an der Podiumsdiskussion im Schlieremer Start-up-Space. Bild: Andrea Zahler

«Die Finanzierung der AHV basiert auf zwei Verträgen.»



Veronica Weisser
Vorsorge-Expertin der UBS

Darum geht es in den beiden Initiativen

Abgestimmt wird am 3. März.

Am 3. März stimmt das Schweizer Stimmvolk über zwei Initiativen ab, welche die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) betreffen. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund sieht eine zusätzliche Monatsrente pro Jahr vor. Allfällige Ergänzungsleistungen dürften aufgrund der 13. AHV-Rente nicht gekürzt werden. Die Kosten würden sich bei einer Einführung zu Beginn voraussichtlich auf rund 4,1 Milliarden Franken belaufen. Die Frage der Finanzierung lässt die Initiative offen.

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt, dass das Rentenalter von Frauen und Männern bis 2033 schrittweise auf 66 Jahre erhöht wird. Dieser Schritt würde die AHV voraussichtlich um rund 2 Milliarden Franken entlasten. Danach soll das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung

gekoppelt werden. Konkret: Steigt die Lebenserwartung, würde auch das Rentenalter steigen. Dies um 80 Prozent der gestiegenen Lebenserwartung und um maximal zwei Monate jährlich.

Die AHV steht mittelfristig vor grossen finanziellen Problemen: Gemäss dem Bund ist die Finanzierung zwar bis etwa 2030 garantiert, danach jedoch nicht mehr. Dies wegen der steigenden Lebenserwartung und weil die Zahl der Pensionierten schneller zunimmt als die Zahl der einzahlenden Erwerbstätigen. Bundesrat und Parlament empfehlen die Ablehnung der beiden Initiativen. Bei der Initiative für eine 13. AHV-Rente wird dies damit begründet, dass der finanzielle Spielraum dafür fehle, und bei der Renteninitiative wird die fehlende Berücksichtigung der sozialpolitischen und arbeitsmarktlichen Situation bemängelt. (vir)

Kommentar

13. AHV-Rente ist undurchdacht

Am 3. März kommen gleich zwei Vorlagen vor das Schweizer Stimmvolk, welche die AHV (Alters- und Hinterlassenenversicherung) betreffen: einerseits die Initiative für eine 13. AHV-Rente, andererseits die Renteninitiative. Wie sehr die Leute die Zukunft und die Finanzierung der AHV beschäftigen, zeigte der volle Saal im Schlieremer Start-up-Space an einer Infoveranstaltung zum Thema am Montag.

Dass zumindest die Finanzierung der AHV aber wohl doch nicht alle beschäftigt, zeigt die Initiative für eine 13. AHV-Rente. Schon jetzt hat die AHV ein Problem – ihre Finanzierung ist nur bis 2030 gewährleistet, was danach kommt, steht noch in den Sternen. Obwohl zu wenig Geld vorhanden ist, wollen die Initiantinnen und Initianten also mehr Geld ausgeben.

Ein Loch von 4,1 Milliarden Franken würde die Umsetzung

der Initiative im ersten Jahr in die AHV-Kasse reissen. Später sollen die Mehrkosten sogar rund 5 Milliarden Franken pro Jahr betragen. Wie dies finanziert werden soll, dafür hat die Initiative aber keinen Plan.

Um dieses Loch zu stopfen, müssten entweder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen grösseren Teil ihres Lohns in die AHV einzahlen – dies zu gleichen Teilen wie ihre Arbeitgeber – oder aber die Mehrwertsteuer müsste (schon wieder) erhöht werden. Will heissen: Die Lebenskosten aller würden noch stärker steigen als zurzeit sowieso schon.



Virginia Kamm
virginia.kamm@chmedia.ch